

IHK Köln, 50606 Köln

An die
Mitglieder der Vollversammlung der
Industrie- und Handelskammer zu Köln**28. Oktober 2023****Einladung zu einer Sondersitzung der Vollversammlung der IHK Köln am 13. November 2023**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte Sie herzlich zur einer hybriden Sondersitzung unserer Vollversammlung einladen,

**am Montag, 13. November 2023, um 17:00 Uhr,
Camphausen-Saal, IHK Köln, Unter Sachsenhausen 10-26, 50667 Köln.**Einzigster Tagesordnungspunkt ist die Information der Vollversammlung gemäß § 7 (1) unserer
Satzung über den Austritt der IHK Köln aus dem Verein IHK NRW e.V.Bitte teilen Sie uns bis zum 8. November 2023 verbindlich mit, ob Sie an der Sitzung in Präsenz
oder per Videokonferenz teilnehmen werden.

Herzliche Grüße



Dr. Nicole Grünewald

TOP 1 Austritt der IHK Köln aus dem Verein IHK NRW e.V.

Die Zeiten sind für unsere Unternehmen gerade extrem herausfordernd. Das hat auch unsere aktuelle Konjunkturumfrage bestätigt. Dafür, dass die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und unser Wirtschaftsstandort in ernsthafter Gefahr sind, wird in der Politik zurzeit zu viel diskutiert und zu wenig entschieden. Sofern etwas beschlossen wird, erweist es sich oftmals als nachteilig für unsere Region.

Wir als IHK Köln haben uns in den vergangenen Monaten und Jahren geschlossen für die Wirtschaft in Köln und der Region auch gegenüber der Politik eingesetzt. Ein besonderer Schwerpunkt lag dabei auf unserem Engagement für das Rheinische Revier, die Versorgung unserer Unternehmen mit sicherer und bezahlbarer Energie und der Stärkung des Industriestandorts. Denn NRW muss Industrieland bleiben, daran darf es keinen Zweifel geben!

So wurde bereits im März 2022 von unserer Vollversammlung eine Resolution gegen einen vorgezogenen Kohleausstieg 2030 beschlossen. Der Beschluss erfolgte aufgrund einer Studie von SME, die in der Sitzung präsentiert worden war und vor Energieengpässen warnte. Auf Grundlage dieser Resolution und einer weiteren Studie des EWI-Instituts, die unseren Beschluss aus 2022 mit weiteren Daten untermauerte, haben wir in der Konsequenz im Mai 2023 den Reviervertrag 2.0 nicht unterschrieben und damit den Willen unserer Vollversammlung nachdrücklich und wirksam bei der Politik und in der Öffentlichkeit platziert.

Wir sind hierbei von den regionalen und überregionalen Medien sehr gut unterstützt worden. Sowohl in der Vollversammlung als auch von unseren Mitgliedsunternehmen ist dieser Einsatz für unsere Unternehmen und unsere Forderung nach einer Einstiegsstrategie in die erneuerbaren Energien durchweg positiv aufgenommen worden.

Genauso intensiv setzen wir uns seit Monaten auf allen Ebenen dafür ein, dass die Landesregierung ein Bekenntnis zum Industrieland NRW abgibt und danach handelt. Auch das wird von unseren Unternehmen erwartet – als Grundlage für ihre Investitionsentscheidungen.

Es ist der gesetzliche Auftrag einer jeden IHK, die Interessen ihrer Mitgliedsunternehmen zielgerichtet bei der Politik zu platzieren und für beste Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu sorgen. Wir sind stolz auf die mutigen und weitsichtigen Resolutionen und Beschlüsse unserer Vollversammlung und auf unsere Ausschüsse, in denen die fachliche Arbeit dazu unter Abwägung der verschiedenen Interessen geleistet wird. Auch deswegen respektiert die Politik unsere Arbeit, nimmt uns ernst und steht mit uns im regen Dialog.

Wir hatten auch an den Verein IHK NRW den Anspruch, dass gerade in Krisenzeiten eine klare Haltung zu den wichtigen Themen für unsere Unternehmen eingenommen wird – und dass diese Themen gemeinsam mit uns offensiv vertreten werden. Leider ist dies nur sehr selten passiert. Hinzu kamen sehr viele, sehr langwierige Abstimmungsprozesse. Selbst Studien, die gemeinsam erstellt wurden, brauchten Monate nach Präsentation im Plenum, bis ein Ergebnisdokument

abgestimmt war. Die Erstellung eines gemeinsamen Positionspapiers pro Industriestandort NRW dauerte ein halbes Jahr. Zeiträume wie diese sind jedoch angesichts der drängenden Probleme und der drohenden Deindustrialisierung in unserem Land nicht akzeptabel. Das haben wir mit fortschreitender Verschlechterung der Wirtschaftslage im Sinne unserer Mitgliedsunternehmen immer deutlicher artikuliert und eine akzentuierte Positionierung eingefordert. Doch stattdessen wurden die Positionen der IHK Köln von anderen Mitglied-IHKs abgeschwächt oder sogar öffentlich unterlaufen.

Unsere klaren Äußerungen, die medial erfolgreiche kommunikative Umsetzung unserer Vollversammlungsbeschlüsse und die daraus folgende hohe Präsenz der IHK Köln in den überregionalen Medien hat unter den NRW-IHKs zu Debatten über Wege, Stil und Form der Einflussnahme auf die Politik geführt. Diese mündeten in einem in der Vollversammlung bereits diskutierten Schreiben mehrerer rheinischer IHKs, welches öffentlich gemacht wurde.

Wie angekündigt, haben wir uns selbstverständlich mit den Vertretenden der anderen IHKs getroffen. Hier wurde uns von einigen IHKs der Eindruck vermittelt, dass man an einer konstruktiven Zusammenarbeit auch im Sinne der IHK Köln interessiert sei. Doch in weiteren darauf folgenden zahlreichen Einzelgesprächen wurde deutlich, dass die IHKs nicht mehr in der gleichen Richtung unterwegs sind und grundsätzlich unterschiedliche Sicht- und Herangehensweisen in der politischen Arbeit haben.

So wurden mehrere Vollversammlungsbeschlüsse der IHK Köln kritisiert, beispielsweise die Resolution gegen den vorzeitigen Kohleausstieg 2030 oder auch die Anpassung der Prüfungsgebühren nach dem Kostendeckungs-Prinzip – die ausschließlich in der Verantwortung jeder einzelnen IHK stehen. Es wurde außerdem kritisiert, dass die IHK Köln fristgerecht gebeten hatte, gemeinsam eine Resolution zum Thema „NRW muss Industrieland bleiben“ auf die Tagesordnung einer Sitzung zu nehmen und zu beschließen.

Die Vorwürfe, die fast alle gegen geltende Beschlüsse unserer Vollversammlung gerichtet waren, gipfelten in einer Sitzung – entgegen vorheriger Zusagen – in der Forderung, dass die IHK Köln sich aus dem Vorstand des Vereins IHK NRW zurückziehen sollte. Dadurch wäre jedoch noch weniger gewährleistet, dass der Kurs des Vereins IHK NRW mit der klaren politischen Linie unserer Vollversammlungsbeschlüsse übereinstimmt.

Obwohl sich Präsident und Vorstand von IHK NRW für den Verbleib der Präsidentin der IHK Köln im Vorstand von IHK NRW ausgesprochen hatten, endeten die in der Sitzung vorgebrachten unsubstantiierten Vorwürfe und Angriffe gegen die Führung der IHK Köln in der ultimativen Ankündigung weiterer öffentlichkeitswirksamer, reputationsschädigender Aktivitäten gegen die IHK Köln, die ein sofortiges Handeln erforderten, um Schaden von der IHK Köln abzuwenden. Daher wurde umgehend eine Sitzung des Präsidiums einberufen.

Das Präsidium hat sich über den Vorgang informiert und festgestellt, dass eine weitere gedeihliche Zusammenarbeit innerhalb des Vereins IHK NRW unmöglich und eine Mitgliedschaft

der IHK Köln vor dem Hintergrund der angekündigten einseitigen Kommunikation von internen Themen und Diskussionen im Rahmen des Vereins IHK NRW nicht länger zumutbar ist.

Weiterhin wurde festgestellt, dass eine Beschlussfassung über diesen Sachverhalt aufgrund eines gestellten Ultimatums keinen Aufschub duldet. Das Präsidium hat daher nach § 7 (1) der Satzung den Beschluss gefasst, dass die IHK Köln aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung, ersatzweise zum nächstmöglichen Zeitpunkt, aus dem Verein IHK NRW austritt.

Ein Austritt aus IHK-Landesvereinen war und ist kein ungewöhnlicher Vorgang und wurde in der Vergangenheit schon öfter gewählt, um eine wenig gedeihliche Zusammenarbeit zu beenden und Ruhe einkehren zu lassen.

Die nun frei werdenden personellen und finanziellen Ressourcen werden wir, gerade in diesen Krisenzeiten, wesentlich zielgerichteter für die unmittelbare Interessenvertretung unserer Unternehmen auch bei der Landesregierung einsetzen. Wir sind als größte IHK in NRW dazu in der Verantwortung – und auch in der Lage.

Es ist dem Präsidium ein Anliegen, die Vollversammlung möglichst zeitnah über die Vorgänge zu informieren und nicht erst satzungsgemäß in der nächsten ordentlichen Sitzung. Die Vollversammlung soll unmittelbar und aktiv informiert und möglichen Desinformationen entgegengewirkt werden.